

LANDKREISTAG | KOMPAKT

VERBANDSNACHRICHTEN DES HESSISCHEN LANDKREISTAGES



Beratungsnetz für Pflegebedürftige und deren Angehörige aufgespannt

Der Hessische Landkreistag zieht eine positive Zwischenbilanz zur Einrichtung von Pflegestützpunkten nach dem Pflege-Weiterentwicklungsgesetz des Bundes. Auf freiwilliger Basis hat der Großteil der hessischen Landkreise zusammen mit den hierzu gesetzlich verpflichteten Pflegekassen in den zurückliegenden zwei Jahren ein Beratungsnetz für Pflegebedürftige und deren Angehörige aufgespannt. Mit den neu eingerichteten Pflegestützpunkten ist es gelungen, zentrale Anlaufstellen für alle Fragen rund um das Thema Pflege zu schaffen und damit das Leistungsangebot für die Menschen vor Ort weiter auszubauen.

Per Allgemeinverfügung hatte der Hessische Sozialminister die Pflegekassen veranlasst, in jedem Landkreis und in jeder kreisfreien Stadt künftig mindestens einen Pflegestützpunkt zu betreiben. Aufgrund der vielfältigen Aufgaben der Landkreise im Bereich der Pflege wurde daraufhin vom Hessischen Landkreistag mit den Kassen ein Rahmenvertrag über die gemeinschaftliche Einrichtung dieser Pflegestützpunkte geschlossen, woraufhin in mittlerweile 17 der 21 Landkreise Pflegestützpunkte eröffnet wurden. Dies sind die Landkreise Bergstraße, Darmstadt-Dieburg, Fulda, Gießen, Groß-Gerau, Hersfeld-Rotenburg, Hochtaunus, Kassel, Limburg-Weilburg, Main-Kinzig, Main-Taunus, Marburg-Biedenkopf, Rheingau-Taunus, Schwalm-Eder, Vogelsberg, Wetterau und Werra-Meißner. In den übrigen vier Landkreisen steht die Entscheidung über die Einrichtung noch aus bzw. wurden andere Modelle der Unterstützung von Pflegebedürftigen und deren Angehörige gewählt.

Die aktuellen Rückmeldungen aus den Landkreisen machen deutlich, dass die Leistungen der Pflegestützpunkte von den Menschen vor Ort stark nachgefragt werden.



Präsident des
Hessischen Landkreistages
Landrat Robert Fischbach

Sehr geehrte Leserinnen,
sehr geehrte Leser,

in zahlreichen Landkreisen stehen nunmehr Pflegestützpunkte den Menschen vor Ort bei der Organisation der individuellen Versorgung und Pflege unterstützend zur Seite. Diese vernetzen die Anbieter von Pflegeleistungen und informieren breit über Versorgungs- und Betreuungsangebote.

Darüber hinaus informiert dieser Newsletter über die aktuelle Positionierung zum Schutzschirmgesetz und zur Zukunft der Eingliederungshilfe behinderter Menschen sowie zu vielen weiteren aus Kreissicht bedeutenden Themen.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre!

Ihr Robert Fischbach

Inhalt

AKTUELLE THEMEN	SEITE 02
<ul style="list-style-type: none"> ■ Landkreistag positioniert sich zum Kommunalen Schutzschirmgesetz ■ Reformüberlegungen zur Eingliederungshilfe – Landkreistag weiter dialogbereit 	
KURZ NOTIERT	SEITE 03
<ul style="list-style-type: none"> ■ Landkreistag beteiligt sich an Zwischenbilanz zum Ausbildungspakt ■ Schulausschuss tagt mit Staatssekretär Dr. Hirschler ■ Dialog zur Reform des ärztlichen Bereitschaftsdienstes ■ Praktische Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets im Fokus 	
AUS DEM DEUTSCHEN LANDKREISTAG	SEITE 04
<ul style="list-style-type: none"> ■ Tarifabschluss stellt besonders die hoch defizitären Kommunen vor eine schier unlösbare Aufgabe ■ „Gesetzes-Check Ländlicher Raum“ einführen 	
EHRUNGEN, PERSONALIEN, TERMINE SEITE 04	

Landkreistag positioniert sich zum Kommunalen Schutzschirmgesetz

Vor kurzem hat die Landesregierung den Entwurf für ein kommunales Schutzschirmgesetz im Landtag eingebracht. Mit diesem sollen die in der gemeinsamen Rahmenvereinbarung zwischen der hessischen Landesregierung und den kommunalen Spitzenverbänden getroffenen Vorgaben umgesetzt werden. Mit der Verabschiedung wird Anfang Mai gerechnet. Die detaillierten Regelungen z.B. für die Antragstellung, die Ablösung der Kredite sowie weitere Verfahrensfragen sollen durch Rechtsverordnung geregelt werden.

Der Hessische Landkreistag hatte der Rahmenvereinbarung zwar zugestimmt, sieht nach Beratung in seinen Gremien jedoch Teile des Gesetzentwurfs sehr kritisch. Wiederholt hat der Landkreistag bemängelt, dass der „Schutzschirm“ nur die Schulden der Kernhaushalte und nicht die Schulden der Eigenbetriebe der Landkreise berücksichtigt. Da eine der kostenträchtigsten Aufgaben der Landkreise - der Bau und die Unterhaltung der Schulgebäude - von vielen Landkreisen in Eigenbetrieben organisiert wurde, bleiben wesentliche Schulden der Landkreise außer Betracht. Diese Landkreise erhalten erheblich geringere Anteile an dem „Schutzschirm“ obwohl sie mit dem Eigenbetrieb nur von einer landesgesetzlich ausdrücklich unterstützten Organisationsform Gebrauch gemacht haben.

Auch der gegenwärtig im parlamentarischen Raum diskutierten Übertragung der Finanzaufsicht über die Schutzschirm-Kommunen auf die Regierungspräsidien erteilt der Hessische Landkreistag eine klare Absage.

Der kommunale Schutzschirm wird das finanzielle Ergebnis einiger hessischer Landkreise durch den Wegfall von Tilgungsleistungen und durch Zinszuschüsse verbessern. An dem wesentlichen Finanzproblem der Landkreise ändert der Schutzschirm hingegen nichts: Der strukturellen Unterfinanzierung!

So können mit dem bis zu 2,8 Milliarden Euro begrenzten Fonds nach Einschätzung des Verbandes nicht einmal ansatzweise die finanziellen Probleme der hessischen Landkreise wirksam bekämpft werden. Allein zum Ende des vergangenen Jahres mussten die Kreise zur Schließung der Deckungslücken in ihren Haushalten Kassenkredite in einer Größenordnung von knapp 3 Mrd. Euro aufnehmen. Ende dieses Jahres wird sich der Gesamtkassenkreditbestand der Landkreise auf über 3,6 Mrd. Euro ausweiten. Mit den 2,8 Mrd. Euro des Fonds stehen folglich nicht einmal genügend Mittel zur Ablösung der Kassenkredite der Landkreise zur Verfügung.

Auch genügt es nicht, die Altschulden abzubauen, wenn die Kreise nicht verhindern können, dass weiterhin von Jahr zu Jahr neue Schulden aufwachsen. Ziel muss es vielmehr sein, die Kreise in den Stand zu versetzen, mit ihren Einnahmen dauerhaft ihre Aufgaben finanzieren zu können. Die dramatisch schlechte Finanzsituation der hessischen Kommunen verlangt daher keinen „Schutzschirm“ sondern vor allem die Stärkung des Kommunalen Finanzausgleichs.

Reformüberlegungen zur Eingliederungshilfe - Landkreistag weiter dialogbereit

Seit vielen Jahren wird in den Gremien des Hessischen Landkreistages über die künftigen Strukturen und Zuständigkeiten in der Eingliederungshilfe und besonders für das Betreute Wohnen für Menschen mit Behinderungen diskutiert. Mit Blick auf die bundesweit einmalige Schnittstellenproblematik (96 unterschiedliche Zuständigkeiten in der Eingliederungshilfe in Hessen) und auf strukturelle Veränderungen in der Eingliederungshilfe bezüglich der Ziele der Behindertenrechtskonvention haben sich die Verbandsgremien intensiv mit der von Sozialminister Stefan Grüttner vorgelegten Machbarkeitsskizze befasst. Durch Umsetzung des sogenannten "kooperativen Lebensabschnittsmodells" sollten die Zuständigkeiten des Landeswohlfahrtsverbandes und der örtlichen Sozialhilfeträger transparenter geregelt werden. Weiterhin sollten Vor-Ort-Repräsentanzen des Landeswohlfahrtsverbandes eine enge Zusammenarbeit mit den Landkreisen und kreisfreien Städten sicherstellen.

Leider haben die diesbezüglichen Gespräche zwischen dem Land, dem Landeswohlfahrtsverband und den kommunalen Spitzenverbänden trotz intensiver Beratungen bislang

zu keinem einvernehmlichen Ergebnis geführt. Während sich die anderen Verhandlungspartner für eine weitere Beratung der Machbarkeitsstudie ausgesprochen haben, votierte der Hessische Städtetag gegen dieses Modell.

Sowohl der Sozialausschuss als auch das Präsidium des Hessischen Landkreistages haben es bedauert, dass es nicht gelungen ist, sich auf die Grundzüge einer gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung nach dem „kooperativen Lebensabschnittsmodell“ zu einigen. Der Landkreistag bekundet aber nach wie vor seine Dialogbereitschaft.

LWV und HLT

Der Landeswohlfahrtsverband Hessen ist wie auch der Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen kopiertes Mitglied des Hessischen Landkreistages. Der Landesdirektor und der Erste Beigeordnete sind damit auch Mitglieder im Präsidium und in den Fachausschüssen des kommunalen Spitzenverbandes der 21 hessischen Landkreise.

Landkreistag beteiligt sich an Zwischenbilanz zum Ausbildungspakt

Zusammen mit dem Hessischen Landkreistag wurde am 20. März 2012 unter Federführung des Hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier öffentlich Zwischenbilanz zum „Hessischen Pakt“ gezogen. Die hessischen Landkreise brachten sich hierbei mit ihren Ergebnissen als Ausbildungsbehörden und Optionskommunen nach dem SGB II in die Paktbilanz mit ein.



Die Ausbildungsplatzzahlen der Kreisverwaltungen für das Jahr 2011 belegen, dass die 21 hessischen Landkreise auch in finanziell schwierigen Zeiten ihre Verantwortung für junge Ausbildungsplatzsuchende wahrnehmen und durch die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen jungen Menschen eine berufliche Zukunftsperspektive bieten. So wurden zum Stichtag 30. September 2011 insgesamt 1.536 Ausbildungsplätze von den 21 hessischen Landkreisen zur Verfügung gestellt: 797 Ausbildungsplätze nach dem Berufsbildungsgesetz (z.B. Ausbildung zu Fachangestellten für Bürokommunikation oder zu Verwaltungsfachangestellten), 638 andere Ausbildungsplätze (z.B. Ausbildung zu Altenpflegern oder Krankenpflegern) sowie 101 Beamtenanwärterstellen. Im Vergleich zum Vorjahr wurde damit bei einem Rückgang von ca. 100 Plätzen ein weiterhin hohes Niveau gehalten. Allerdings macht dieser Rückgang erstmals in besonderer Weise auch die Auswirkungen der anhaltend defizitären Haushalte auf die Personalentwicklung in den Landkreisen sichtbar.

Zudem waren bei den hessischen Optionskommunen (zwölf Landkreise und Landeshauptstadt Wiesbaden) zum Stichtag nur noch 107 junge Bewerberinnen und Bewerber unversorgt. Damit konnte die bereits sehr gute Vorjahresquote gehalten werden.

Schulausschuss tagt mit Staatssekretär Dr. Hirschler

Der Austausch mit der Hessischen Landesregierung über aktuelle Themen der Schulpolitik stand im Mittelpunkt der Sitzung des Schul- und Kulturausschusses des Hessischen Landkreistages am 18. April 2012. Der Ausschussvorsitzende, Landrat Matthias Wilkes, begrüßte hierzu den neuen Staatssekretär im Hessischen Kulturministerium Dr.

Herbert Hirschler sehr herzlich. Gemeinsam wurden die Themenkomplexe Selbständige Schule/Ganztagsschule, Schulentwicklungsplanung und inklusive Schule erörtert sowie die Anforderungen aus Sicht der hessischen Landkreise diskutiert. Darüber hinaus stand die weitere Entwicklung von HessenCampus im Fokus der Beratungen. Einigkeit bestand zudem darin, dass der konstruktive Dialog zwischen Land und den Landkreisen als Schulträger auch künftig regelmäßig fortgesetzt werden soll.

Dialog zur Reform des ärztlichen Bereitschaftsdienstes

Im Kontext der miteinander abgeschlossenen Kooperationsvereinbarung hat die Kassenärztliche Vereinigung Hessen dem Hessischen Landkreistag angeboten, frühzeitig über die vorgesehenen Reformüberlegungen zum ärztlichen Bereitschaftsdienst in den hessischen Landkreisen zu informieren und hierzu einen Dialog zu führen. Der Gesundheitsausschuss des Landkreistages hat sich hiermit intensiv auseinandergesetzt und beschlossen, dieses Angebot anzunehmen und den Reformprozess kritisch zu begleiten, allerdings ohne dadurch die Kassenärztliche Vereinigung aus deren originärer Verantwortung hierfür zu entlassen. Eine erste gemeinsame Veranstaltung ist für den Mai 2012 geplant.

Praktische Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets im Fokus

Mit den sozialpolitischen Sprechern der im Hessischen Landtag vertretenen Fraktionen wurde auf Einladung des Hessischen Landkreistages am 26. März 2012 der Umsetzungsstand des Bildungs- und Teilhabepakets in den hessischen Landkreisen erörtert. Praktiker aus den Landkreisen trugen hierzu ihre Erfahrungen mit der täglichen Arbeit vor Ort vor und gaben Erläuterungen zu unterschiedlichsten Handlungsfeldern bei der Umsetzung. So konnte unter anderem ein Einblick in die Aufgabenfelder „Werbung für das Bildungs- und Teilhabepaket“, „Mittagsverpflegung“, „Lernförderung“ und „Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben“ gegeben sowie Finanzierungsfragen erörtert werden. Deutlich wurde hierbei, dass die Umsetzung gut vorangekommen ist, und vereinbart, einen solchen Diskurs zwischen Politik und Praxis künftig zu wiederholen.



Die Vertreter des Landtagsfraktionen zu Gast im Haus der kommunalen Selbstverwaltung.

Tarifabschluss stellt besonders die hoch defizitären Kommunen vor eine schier unlösbare Aufgabe

„Der Abschluss für die Tarifbeschäftigten von Bund und Kommunen trifft die Kommunen hart und stellt vor allem diejenigen Landkreise und Gemeinden vor eine große Herausforderung, die ohnehin schon stark verschuldet sind“, so kommentierte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistages Prof. Dr. Hans-Günter Henneke die aktuelle Tarifrunde. „In Zeiten immenser Haushaltsdefizite, einem Kassenkreditbestand der Kommunen in Höhe von 45 Mrd. Euro und der Schuldenbremse bei Bund und Ländern ist dieser Abschluss aus gesamtkommunaler Sicht folgenswer. Auf die kommunalen Arbeitgeber kommen nun allein für die lineare Erhöhung in diesem und im nächsten Jahr insgesamt 6,5 Mrd. Euro an Mehrkosten zu.“

Vor allem für die Kommunen in Rheinland-Pfalz, im Saarland, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Niedersachsen, bei denen sich mit 41 Mrd. Euro 97 % des kommunalen Kassenkreditbestands konzentriert, sei dieser Abschluss nicht mehr verkraftbar. Bereits hier müssten in der Tariflaufzeit bis Ende 2013 Mehrbelastungen in einem Umfang von 3 Mrd. Euro hingenommen werden. In Anbetracht der bestehenden Haushaltsdefizite bleibe daher nichts anderes übrig, als die Lohnzuwächse mit weiteren Schulden zu finanzieren.

„Gesetzes-Check Ländlicher Raum“ einführen

Der Deutsche Landkreistag hat sich für die Einführung eines „Gesetzes-Check Ländlicher Raum“ ausgesprochen. Zudem forderte Präsident Landrat Hans Jörg Duppré den Bund auf, seine Initiativen zur Stärkung des ländlichen Raumes weiter zu bündeln, damit daraus ein Gesamtpaket wird. „Dazu gehört auch, klare Verantwortlichkeiten für dieses Thema zu schaffen“, sagte er.

Ziel müsse nach wie vor sein, den Menschen in allen Teilräumen gleichwertige Lebensverhältnisse zu sichern und sie nicht von den wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten abzuschneiden: „Darunter ist Chancengleichheit zu verstehen, die regional sehr unterschiedlich ausgefüllt wer-

den kann. Gleichmacherei wollen wir nicht.“ Wichtig sei, zu einer selbsttragenden Entwicklung in allen Teilräumen zu gelangen und die jeweiligen regionalen Entwicklungspotenziale zu unterstützen. Einseitige Metropolstrategien seien kontraproduktiv, erläuterte der DLT-Präsident.

EHRUNGEN

Kreistagsvorsitzender und Vizepräsident des Hessischen Landkreistages Robert Becker wurde am 17. Januar 2012 - auch für sein langjähriges Engagement für den kommunalen Spitzenverband der 21 hessischen Landkreise - vom Hessischen Ministerpräsidenten mit dem Verdienstkreuz 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet.

PERSONALIEN

Zum 9. Mai 2012 tritt Landrat Ulrich Krebs (CDU) seine zweite Amtszeit als Landrat des Hochtaunuskreises an.

Die zweite Amtszeit von Landrat Stefan Reuß (SPD) als Landrat des Werra-Meißner-Kreises beginnt mit dem 6. Juni 2012.

Aktuell haben neu das Amt eines hautamtlichen Kreisbeigeordneten angetreten:

- Erster Kreisbeigeordneter Dr. Rainer Wallmann (BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN), Werra-Meißner-Kreis
- Kreisbeigeordneter Wolfgang Kollmeier (CDU), Main-Taunus-Kreis

TERMINE

- **Finanzausschuss**
Dienstag, 08.05.2012, 10:00 Uhr, Wiesbaden
- **Wirtschafts- und Planungsausschuss**
Mittwoch, 30.05.2012, 10:00 Uhr, Wiesbaden
- **Konferenz der Kreistagsvorsitzenden**
Dienstag, 05.06.2012, 15:00 Uhr, Wetzlar
- **Präsidium**
Montag, 11.06.2012, 15:30 Uhr, Wiesbaden
- **Rechts- und Europaausschuss**
Dienstag, 26.06.2012, 10:00 Uhr, Limburg
- **Sozialausschuss**
Donnerstag, 28.06.2012, 10:00 Uhr, Bad Schwalbach



Hessischer
Landkreistag

IMPRESSUM

VERANTWORTLICH
Direktor Dr. Jan Hilligardt
(geschäftsführend)
Direktor Christian Engelhardt

HERAUSGEBER
Hessischer Landkreistag
Frankfurter Straße 2
65189 Wiesbaden

Telefon: 0611 / 17 06-23
E-Mail: ries-knauer@hlt.de
Internet: www.hlt.de

KOORDINATION

Tim Ruder (Pressesprecher)
Melanie Ries-Knauer
(Öffentlichkeitsarbeit
und Organisation)

ERSCHEINUNGSWEISE / AUFLAGE

zwei- bis dreimonatlich
2.500 Exemplare
(gedruckte Version)

Alle Inhalte und Bilder sind lizenzrechtlich geschützt. Abdruck und Vervielfältigung nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Hessischen Landkreistages.

GESTALTUNG

Muhr – Partner für Kommunikation
www.muhr-partner.com
Seerobenstraße 27
65195 Wiesbaden

BILDNACHWEIS

Muhr – Partner für Kommunikation
(Seite 3)
Hessischer Landkreistag (Seite 1 und 3)